Nr. 104

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

19. Januar 2018
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Weniger Stress und kürzere Arbeitszeiten für alle – aber bei gleichem Lohn!

Seit zwei Wochen haben sich hunderttausende Arbeiter an Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie beteiligt. Sie gehen für mehr Lohn auf die Straße, für die Möglichkeit, weniger zu arbeiten und viele, weil sie all die Verschlechterungen satt haben: den wachsenden Druck, die Unsicherheit, das ständige mal Überstunden machen und am Wochenende arbeiten müssen, dann wieder mitten in der Woche nach Hause geschickt werden, weil wenig zu tun ist…

Bei den Bossen und in der Presse hat vor allem die Forderung der IG Metall nach möglicher Arbeitszeitverkürzung für Aufruhr gesorgt. Dabei fordert sie einzig, dass jeder Arbeitende das Recht hat, seine Arbeitszeit für höchstens zwei Jahre von 35 auf 28 Stunden zu verkürzen und dann wieder Vollzeit zu arbeiten. Diese Arbeitszeitverkürzung soll vollständig von den Arbeitern selbst bezahlt werden. Nur für einzelne Gruppen (zum Beispiel Eltern mit Kleinkindern) fordert die IG Metall eine Entschädigung von 60 bis 200 Euro pro Monat.

60 oder 200 Euro machen natürlich den Lohnverlust nicht wieder wett. Aber selbst diese mickrige Entschädigung bezeichnen die Unternehmer schon als „unbezahlbar", ja als „Unverschämtheit". Sie empören sich, wie Arbeiter und Gewerkschaft sich erdreisten könnten, weniger arbeiten und dafür auch noch bezahlt werden zu wollen. Und wo wir hinkämen, wenn „die Arbeiter selber entscheiden, wann sie weniger arbeiten".

Dass die Unternehmer schreien, wenn Arbeiter für kürzere Arbeitszeiten kämpfen, ist nicht neu. Als die Arbeiter einst für den 8 Stunden-Tag gekämpft haben, haben sie den Untergang der Wirtschaft heraufbeschworen. Bei den Streiks für die 35-Stunden-Woche haben sie ebenfalls gejammert. Die irrsinnigen Reichtümer, die die Kapitalisten seitdem angehäuft haben, strafen all ihrem Gezeter Lügen. Und in keinem dieser Kämpfe haben die Arbeiter auf Lohn verzichtet!

Auch heute könnte man die Arbeitszeit und vor allem die Arbeitsmenge für alle problemlos verringern und dafür entsprechend mehr Kollegen einstellen – und zwar ohne dass irgendjemand dafür auf Lohn verzichten müsste.
Die Unternehmen haben uns in den letzten Jahren immer mehr Arbeit aufgehalst, ohne uns dafür mehr Lohn zu zahlen. Die Arbeitsmenge zu verringern, würde einzig die Überausbeutung und die Belastung wieder etwas verringern.

Dies ist nicht das Anliegen der Forderung der IG Metall. Jedem Arbeiter soll einzig individuell das Recht eingeräumt werden, eine Zeit lang etwas weniger zu arbeiten – und zwar ohne dass die Unternehmer hierfür auch nur auf ein bisschen Gewinn verzichten müssten. Denn die Arbeiter sollen es selbst zahlen.
Damit beschränkt sich die Möglichkeit einer 28-Stunden-Woche allerdings auf diejenigen, die es sich irgendwie leisten können, mit entsprechend weniger Lohn klarzukommen. Für viele reicht der Lohn hierzu vorne und hinten nicht aus.

Und noch viel mehr Arbeiter werden dadurch ausgeschlossen, dass es (anders als bei einer Arbeitszeitverkürzung für alle) eine individuelle Entscheidung ist, die jeder einzeln gegenüber seinem Chef durchsetzen muss. Gerade in kleineren Betrieben werden viele Arbeiter die Arbeitszeitverkürzung nicht durchsetzen können, weil ihr Chef ihnen sonst schlicht mit Entlassung droht.

„Individuelle", das heißt unterschiedliche Löhne und Arbeitszeiten zwischen den Arbeitern bergen grundsätzlich eine Gefahr. Wir erleben es tagtäglich. Denn die Unternehmer haben bereits viele Unterschiede durchgesetzt: zwischen Leiharbeitern, Befristeten und Festangestellten, zwischen Jüngeren und Älteren, Frauen und Männern, zwischen „eigenen" Arbeitern und „Fremd"-Firmen. Je unterschiedlicher aber die Bedingungen der Arbeiter sind, desto einfacher können die Unternehmer verbreiten, dass jeder Arbeiter andere Interessen hätte und jeder sich am besten nur um sich selber kümmere. Und desto schwerer entwickelt sich das Bewusstsein, dass alle Arbeiter zusammenhalten müssen, dass sie Teil einer Arbeiterklasse sind, die im Grunde alle dieselben grundlegenden Probleme und Interessen haben.

Wie man sieht, birgt die Forderung der IG Metall also keine Gefahr für die Unternehmer, sie kostet auch nichts. Doch das hindert die Bosse nicht daran, zu schreien – und zwar auch, um dadurch ihre eigenen Forderungen nach mehr Flexibilität durchsetzen zu können.

Sie stellen sich dreist hin und sagen: „Wenn es ein Recht auf Arbeitszeitverkürzung gibt, dann muss jeder Arbeiter auch umgekehrt das ‚Recht' haben, mehrere Jahre lang ‚freiwillig' länger, also zum Beispiel 40 statt 35 Stunden die Woche zu arbeiten.
„Freiwillig"? Kaum jemand arbeitet freiwillig fünf Stunden mehr pro Woche. Wenn man mehr arbeitet, dann weil man seine Rechnungen zahlen muss und die Unternehmer zu niedrige Löhne zahlen. Oder weil die Bosse einem mit Verlagerung drohen oder damit, dass man sich sonst einen anderen Job suchen könne.

Sie jammern also einzig, weil sie ihrem Ziel noch näher kommen wollen, uns jederzeit, flexibel nach ihren Bedürfnissen ausbeuten zu können. Ja, die Unternehmer besitzen Klassenbewusstsein und wissen, was sie wollen. Wir Arbeiter brauchen das auch!
Wir dürfen uns nicht noch weiter vereinzeln lassen! Die Zukunft wird davon abhängen, dass wir uns wieder bewusst werden, dass wir alle zu einer Klasse gehören, dass wir uns für unsere gemeinsamen Interessen wieder zusammenschließen, über die Betriebe, Berufe und Branchen hinweg. Nur so werden wir letztlich das Kräfteverhältnis wieder umdrehen können, das im Moment zugunsten der Kapitalisten ist.

CDU und SPD sondieren… für die Kapitalisten

Es sagt eigentlich schon alles, wenn selbst viele SPD-Mitglieder über das mögliche CDU-SPD-Regierungsprogramm sagen, dass „nichts drin steht". Viele an der SPD-Basis wissen: Sollte die SPD mit diesem Programm in einer Großen Koalition regieren, dann wird sie zukünftig noch mehr Stimmen und damit Posten verlieren. Und eben deshalb sind in der SPD auch so viele gegen eine neue Große Koalition.

Das Wenige, was die SPD-Führung darin als „große soziale Verbesserungen" zu verkaufen sucht, sind Luftnummern. „Große Verbesserungen bei der Rente?" Das Rentenalter soll weiter auf 67 Jahre ansteigen, die Besteuerung der Renten auch. Für fast alle werden die Renten weiter sinken. Einzig, wer mindestens 35 Jahre lang gearbeitet hat und trotzdem auf Grundsicherung (also Sozialhilfe) angewiesen ist, soll in Zukunft… mickrige 80 Euro mehr Rente bekommen. Und selbst das nur, wenn man wie bei HartzIV alles offenlegt und beweisen kann, dass man Nichts hat, kein Erspartes und auch keinen Lebenspartner, der etwas mehr Rente bekommt.

Die SPD wirbt also dafür, dass man nach 35 oder 40 Jahren Maloche noch um einen Almosen betteln muss? Nach jahrzehntelanger Arbeit eine vernünftige Rente zu bekommen, das ist kein Geschenk, kein Almosen der Regierung. Das steht uns zu!

Nicht besser sind die anderen angeblichen „sozialen Verbesserungen" in diesem geplanten Regierungsprogramm. Doch es wäre falsch zu sagen, dass dort gar nichts drin steht. Denn es gibt dort zig neue Verbesserungen für die Unternehmer (und damit Verschlechterungen für die Arbeiter).

Den Kapitalisten mit ihren gigantischen Vermögen wollen CDU- und SPD-Führung weitere Milliarden an Steuergeldern schenken, die so dringend für Krankenhäuser, Altenheime und andere öffentliche Dienste gebraucht würden. Die großen Konzerne sollen trotz ihrer Rekordgewinne Milliarden an „Hilfsgeldern" bekommen – unter dem Vorwand, Digitalisierung und Elektromobilität zu fördern. Die Immobilienkonzerne sollen Milliarden dafür bekommen, dass sie… Häuser bauen. Und zwar keine Sozialwohnungen, sondern schicke Häuser und teure Mietwohnungen.

Und die Krönung: All diese Konzerne, die wie Siemens, Thyssen, E.ON oder die Deutsche Bank Jahr für Jahr Tausende in die Arbeitslosigkeit schicken, sollen weniger Geld in die Arbeitslosenversicherung einzahlen müssen.



Auch die Gesetze, die es den Kapitalisten ermöglichen, uns immer mehr auszubeuten, sollen „weiterentwickelt" werden. „Arbeiten auf Abruf" soll als eine „normale" Form des Arbeitens gesetzlich verankert werden. Das Arbeitszeitgesetz soll gelockert werden, damit uns die Bosse noch flexibler ausbeuten dürfen. Und auch das Arbeiten im Rentenalter, mit 70 oder 75 Jahren, soll „ausgebaut" werden.

Die kapitalistische Klasse verlangt eine stabile Regierung, die verantwortungsbewusst ihre Interessen durchsetzt? Diese Regierung wollen CDU und SPD-Führung ihr geben.

Um davon abzulenken, reden sie vor allem davon, was sie alles gegen die Migranten unternehmen wollen. Gleich eine ganze Serie von Gesetzen soll ihnen das Leben noch schwerer machen.

Alle Syrer zum Beispiel, die nur ein befristetes Asylrecht bekommen haben, sollen ihre Familien nicht zu sich holen dürfen. Oder genauer gesagt: Nur noch insgesamt 1.000 Familienangehörige dürfen pro Monat nach Deutschland einreisen. Diese Familienmitglieder, darunter viele Kinder, hausen heute meist irgendwo in Flüchtlingslagern im Irak oder dem Libanon, wo es kaum genug zu essen gibt und Willkür der Soldaten an der Tagesordnung ist. Und viele zehntausende syrische Männer und zum Teil Frauen sollen nun noch Jahre darauf warten, bis sie ihre Ehepartner, Kinder oder Eltern da herausholen und sie wiedersehen können!

Und für diesen 1.000 Familienangehörige, die kommen dürfen, stoppt Deutschland obendrein die Aufnahme der 1.000 Flüchtlinge, die es bislang monatlich aus Griechenland aufgenommen hat. Die beiden Grenzländer Griechenland und Italien, in denen alle Flüchtlinge landen, die nach Europa wollen, sollen sich wieder ganz alleine um alle kümmern müssen – einfach, weil sie die "falsche" geographische Lage haben! Das ist ihr solidarisches Europa.

Natürlich löst keine der widerlichen Maßnahmen gegen die Migranten, die quasi direkt aus den CSU- und AfD-Programmen abgeschrieben sind, auch nur ein Problem der übrigen arbeitenden Bevölkerung, im Gegenteil: Sie ändern nichts an den Armutsrenten, der unsicheren Arbeit, den maroden Schulen, dem Wahnsinn in den Krankenhäusern. All diese Maßnahmen sind Demagogie, mit denen CDU und SPD so tun wollen, als würden sie „was tun"… auf dem Rücken der Schwächsten.

Noch ist nicht sicher, ob sich die SPD-Führung mit ihrem Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Kapitalisten und ihrem Wunsch, zumindest noch vier Jahre die Ministersessel auszukosten, durchsetzen wird – oder ob ihr die Basis tatsächlich einen Strich durch die Rechnung macht. Das Problem der Gegner der Großen Koalition ist jedoch, dass auch sie keine andere Politik und keine andere Perspektive haben.

Sicher hingegen ist, dass der ganze Verhandlungs-Zirkus von Jamaika und GroKo dazu beigetragen hat, in der arbeitenden Klasse noch mehr Abscheu vor der „großen Politik" zu wecken.

Das Problem ist nur: Mit unserer Abscheu können sie leben – solange wir sie in Ruhe Politik für die kapitalistische Klasse machen lassen. Gerade das Gegenteil ist nötig: Wir Arbeiter müssen uns wieder selber in die Politik einmischen, mit unseren eigenen Forderungen und Interessen – und unserer eigenen Partei.

Iran: Proteste gegen die hohen Preise, die Arbeitslosigkeit… und das ganze Regime

Zwei Wochen lang haben jüngst Demonstrationen von Arbeitslosen und jungen Arbeitern das Regime im Iran erschüttert.

Sie schrien ihre Wut über ihre verzweifelte Lage heraus: über die Preise für Grundnahrungsmittel, die um 40% gestiegen sind. Über die Löhne, die zum Teil seit Monaten nicht ausgezahlt wurden. Über die hohe Jugendarbeitslosigkeit von fast 30%. Über Präsident Rohani und die Regierung, die für Armee und Kriege 20% mehr Geld ausgeben will, während sie gleichzeitig die staatliche Unterstützung für die ärmsten Familien streicht. Und überhaupt über diese erdrückende, heuchlerische Diktatur, die sich die Taschen vollmacht, während sie gleichzeitig Moral predigt und jedes „falsche“ Verhalten unterdrückt.

Nicht wenige der Demonstranten waren noch vor wenigen Jahren Unterstützer des Regimes. Doch der Mythos der islamischen Republik, deren religiöse Einrichtungen für die arme Bevölkerung sorgen würden, ist gründlich zerstört. Zwar sind nicht zuletzt das Embargo, das die USA und die EU jahrelang über den Iran verhängt hatten, und die weltwirtschaftliche Krise für die wirtschaftliche Lage im Iran verantwortlich.

Doch auch die mit der Regierung verbundenen reichen Familien und die hohen religiösen „Würdenträger“ plündern das Land seit Jahrzehnten aus. Erst neulich kam heraus, dass die religiösen Einrichtungen im Iran sich 40% des Staatshaushaltes unter den Nagel reißen. Das hat mit dazu beigetragen, dass das Fass der schon länger schwelenden Wut überlief. „*Das Volk bettelt, die Mullahs benehmen sich wie Götter*“ und „*Tod dem Diktator*“ (dem religiösen Führer), riefen die Demonstranten.



Streikende Bergleute: „Keine Gerechtigkeit für die Arbeiter“

Die Ironie der Geschichte: Gerade die konservativen, von den religiösen Führern unterstützten Kräfte um den ehemaligen Präsidenten Ahmadinedschad hatten anfangs die Proteste unterstützt. Diese Kräfte hatten bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2013 gegen den sogenannten „moderaten“ Kandidaten Rohani verloren. Sie hatten gehofft, den Präsidenten zu ihren Gunsten zu schwächen.

Doch die Demonstranten ließen sich nicht von ihnen lenken und unter Kontrolle halten, sie wandten sich gegen beide Clans. Wütend und vor allem ängstlich stellten sich die religiösen Führer daraufhin schnell an Seiten Rohanis gegen die Demonstranten.

Was die EU-Staaten angeht, so hielten sie sich sehr bedeckt und waren offensichtlich erleichtert, als es Rohanis Polizei gelang, die wütenden und unkontrollierbaren Arbeiter und Armen niederzuschlagen… sodass die EU-Staaten und ihre Konzerne wieder in Ruhe Geschäfte mit dem Iran machen können, die seit Ende des Embargos florieren.

Für den Moment scheint der Staat mit seiner brutalen Gewalt, mit dutzenden ermordeten, dutzenden „verschwundenen“ Demonstranten und tausenden kurzzeitigen Festnahmen die Proteste gestoppt zu haben. Doch die Wut schwelt weiter. Und noch immer scheint es zahlreiche Streiks zu geben, in Kraftwerken, Bergwerken, von Tanklastfahrern, öffentlichen Angestellten und anderen, die verlangen, dass das Regime ihnen ihre ausstehenden Löhne zahlt. Und eben weil sie die ganze Wirtschaft am Laufen halten, stellen diese Arbeiter eine Kraft dar, die das Regime nicht ewig unterdrücken kann.

Streiken für das Streikrecht

Derzeit verhandelt das Bundesverfassungsgericht, ob der Staat weiterhin allen Beamten das Streiken verbieten darf.

Dieses Streikverbot gibt es in Deutschland – und auch in der Türkei. Nachdem dort immer wieder Beamte trotz des Verbots gestreikt hatten, hatte der Europäische Gerichtshof das Streikrecht als Menschenrecht anerkannt. Denn es ist das einzige Mittel für Lohnabhängige, um sich gegen Angriffe ihrer Unternehmer und hier konkret gegen Angriffe des Staates zu wehren.

Ermutigt von diesem Urteil, haben auch in Deutschland mehrfach verbeamtete Lehrer an Streiks teilgenommen, um sich gegen die immer schlechter werdenden Bedingungen in den Schulen zur Wehr zu setzen – und haben dafür Disziplinarverfahren bekommen. Deshalb soll nun das Bundesverfassungsgericht über das Streikrecht der Beamten (der Lehrer, Feuerwehrleute, Beschäftigten im Jugendamt,…) entscheiden.

Das Urteil wird in einigen Monaten erwartet. Aber eins hat das Ganze jetzt schon gezeigt: Für die Beamten wie für alle anderen Arbeiter gilt, was die Arbeiterbewegung seit ihrer Entstehung erlebt hat:

Der einzige Weg, das Recht zu streiken durchzusetzen ist… zu streiken.

46% weniger Rente !?

Frauen bekommen in Deutschland im Schnitt 46% weniger Rente als Männer (und die bekommen schon nicht viel). Für viele bedeutet das ein Leben in Armut.

Und die Zukunft sieht nicht besser aus: Denn Frauen verdienen nicht nur rund 20% weniger als Männer. Sie werden obendrein sehr viel häufiger in Minijobs und Teilzeit gezwungen. Und auch ein Großteil der 1,8 Millionen Arbeitenden, die sogar um den Mindestlohn betrogen werden, sind Frauen. Altersarmut ist da vorprogrammiert.

Ein Kampf für feste Vollzeitarbeitsplätze und höhere Löhne für alle ist damit auch ein Kampf für mehr Gleichberechtigung − nicht nur bei der Rente!

Dessau: Wenn die Polizei ungestraft morden darf

4.000 Menschen haben am 7. Januar in Dessau demonstriert: Am 13. Todestag des ermordeten Oury Jalloh, einem Flüchtling aus Sierra Leone, fordern sie weiterhin Aufklärung und Gerechtigkeit.
Jalloh verbrannte 2005 in einer Zelle der Dessauer Polizei. Er war von den Polizisten rücklings an Händen und Füßen gefesselt worden, im Raum befand sich nur eine feuerfest umhüllte Matratze. Trotzdem behauptet die Polizei, Jalloh müsse „sich selber angezündet haben".
Eine wirkliche Autopsie fand nicht statt, er wurde nicht einmal geröntgt. Erst nachdem Freunde von ihm mühsam Geld gesammelt und eine zweite Autopsie bezahlt hatten, stellte sich heraus, dass Jalloh kurz vorher schwer misshandelt worden war – und zahlreiche weitere Tatsachen, die der Version der Polizei widersprachen.
Später kam heraus, dass in derselben Zelle zwei Jahre vorher ein Obdachloser ebenfalls schwer misshandelt und dann unter mysteriösen Umständen tot aufgefunden worden war. In beiden Fällen waren es dieselben Beamten, dieselben Vorgesetzten und derselbe Arzt, der den Totenschein ausstellte.

Im Frühjahr 2017, 12 Jahre nach Jallohs Ermordung, hat letztlich sogar der leitende Oberstaatsanwalt erklärt, es gebe „mittlerweile zahllose Indizien und auch Beweise" dafür, dass Jalloh ermordet worden sei – und zwar von den Polizisten, die damit „die Misshandlung Jallohs vertuschen" wollten. Kaum hatte er dies öffentlich erklärt, wurde ihm das Verfahren vom Generalbundesanwalt entzogen… und eingestellt.
Die Freunde Jallohs geben nicht auf. Sie verlangen weiterhin Aufklärung und Gerechtigkeit, und mit ihnen tausende weitere Menschen, die nicht hinnehmen wollen, dass Polizisten Menschen misshandeln und ermorden dürfen, weil sie „nur" Flüchtlinge oder Obdachlose sind – und dies auch noch von der gesamten Hierarchie gedeckt wird.

IPP: Kapitalisten sind Verbrecher… und die Gesetze und Gerichte helfen ihnen

Ende letzten Jahres hat IPP van Triel auf einmal keine Kranken- und Rentenkassenbeiträge mehr für seine 50 Arbeiter in Essen gezahlt. Und als dann noch Weihnachten ein Aushang kam, dass das Werk bis zum 9. Januar Betriebsferien mache und daher kein Arbeiter zu kommen bräuchte, befürchteten viele sofort: „Die wollen Insolvenz anmelden und vorher die Maschinen wegschaffen."



Die Arbeiter organisierten sich daraufhin. Jeden Tag während der „Betriebsferien" waren Arbeiter am Werkstor und hielten Wache. Und tatsächlich: Am 4. Januar kamen die Laster. Die IG Metall versuchte, vom Gericht eine einstweilige Verfügung gegen den Abtransport zu bekommen, doch das Gericht erklärte: „Das entscheiden wir… in einer Woche"! Die Arbeiter versuchten daher, das Werk zu blockieren. Es gelang der Firma trotzdem, die teuersten CNC-Maschinen abzutransportieren. Die übrigen Maschinen jedoch blieben da.

Eine Woche später erklärte dann das Gericht, es könne auch nicht viel machen. IPP habe alles Geld auf Konten der Mutterfirma geschafft, nach England, die CNC-Maschinen ebenso. Und an diesen Reichtum käme das Gericht nicht dran, denn dank der (von den Politikern extra so gemachten) Gesetzen muss die Mutterfirma nicht für die Löhne und Schulden ihrer Tochterfirma aufkommen – selbst wenn sie wie IPP genug Kohle und Betriebe in mehreren Ländern der Welt hat.
Das Gericht könne einzig versuchen, einige ausstehende Löhne zu bezahlen oder einen Investor zur Fortführung des Betriebs zu finden… mit den Maschinen, die wohl dank der Arbeiter nicht abtransportiert wurden.

Zumindest hat das Gericht eindeutig geklärt, worauf die Arbeiter vertrauen können: auf die „Aufrichtigkeit der Unternehmer", den „Rechtsstaat"… oder ihre eigene Initiative und Organisation.

Österreich: Rechtsextreme regieren… für die Bosse

Ähnlich wie die AfD hat sich auch die rechtsextreme österreichische Partei FPÖ als „Partei der kleinen Leute" dargestellt. Nun ist sie an der Regierung, zusammen mit den Konservativen. Und, wie sieht ihre Politik „für die kleinen Leute aus"?
Die Unternehmen sollen die Arbeiter künftig legal 60 statt bisher 40 Stunden die Woche ausbeuten dürfen und sie 12 Stunden am Stück arbeiten lassen. Die Pausenzeiten für die Arbeiter in der Gastronomie sollen gesenkt werden. Unternehmer sollen weniger für Arbeitsunfälle bezahlen. Wer seinen Job verliert, soll weniger Arbeitslosengeld bekommen. Und statt Arbeitslosenhilfe soll es künftig so etwas wie HartzIV geben, das heißt: Auch wenn man 40 Jahre gearbeitet hat und dann arbeitslos wird, ist man nun schon nach einem Jahr Armut und Erniedrigung ausgesetzt.
Im Öffentlichen Dienst sollen tausende Arbeitsplätze vernichtet werden. Und während sie die Unternehmenssteuern senken wollen, sollen Studierende zukünftig 500 Euro pro Halbjahr bezahlen. Und selbstverständlich hat die neue Regierung auch mehrere Gesetze geplant, die den Arbeitern, die als Flüchtlinge oder EU-Migranten nach Österreich gekommen sind, das Leben noch schwerer machen.
Das ist die Politik der Rechtsextremen: Angriffe und Verschlechterungen für alle Arbeiter, für die mit Arbeitsplatz, für die ohne Arbeitsplatz und erst recht für die ohne österreichischen Pass.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org
Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!